

## **2. Die Struktur der ostdeutschen Hochschullandschaft**

### **Entwicklungen des zurückliegenden Jahrzehnts und aktueller Stand**

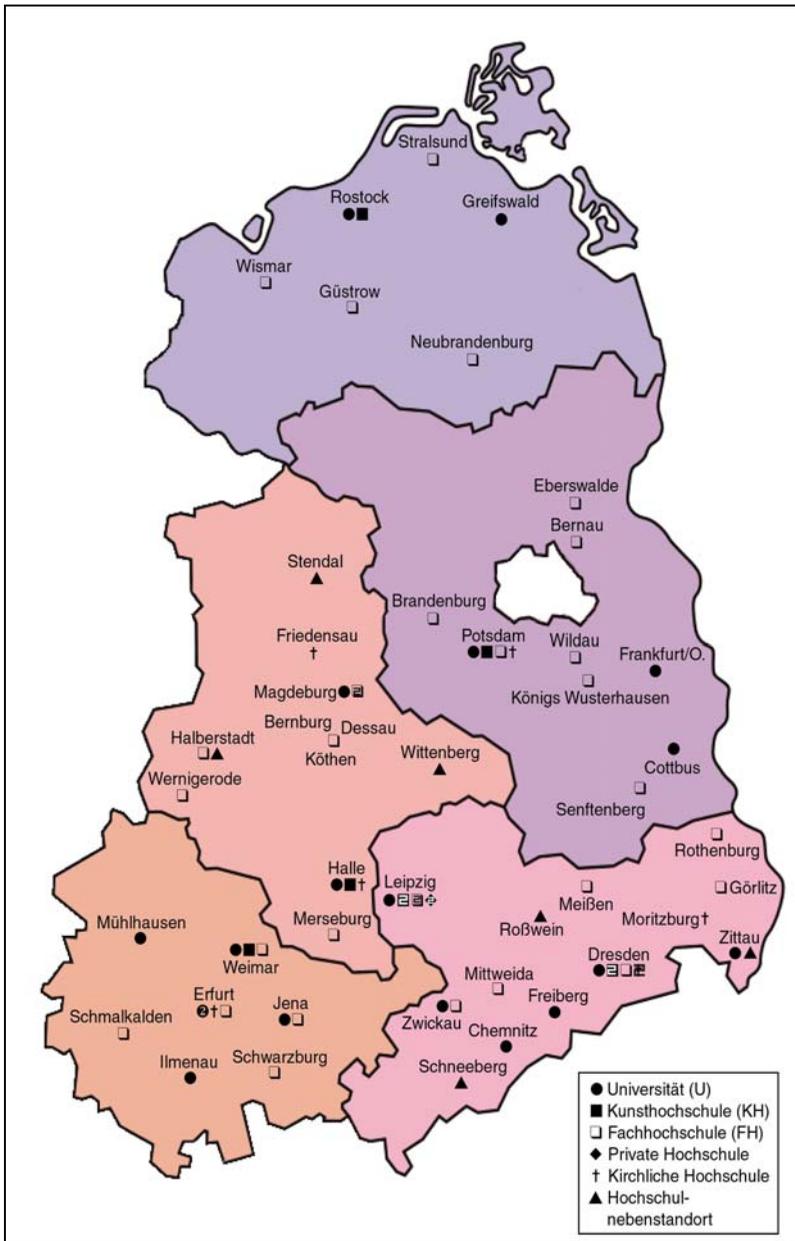
*Dirk Lewin*

*Peer Pasternack*

*Die Anzahl der Hochschulen in den ostdeutschen Ländern ist im zurückliegenden Jahrzehnt geringfügig gestiegen. Die einzige Pädagogische Hochschule wurde in eine Universität integriert; die Zahl von 21 staatlichen Fachhochschulen ist – unter Einschluss einer Eingliederung und einer Neugründung – unverändert geblieben. Die Zahl der Hochschulen in nichtöffentlicher Trägerschaft hat sich in den letzten zehn Jahren mehr als verdoppelt – bei unverändert geringer quantitativer Bedeutung der dortigen Studienplätze. Die in den 90er Jahren formulierten anspruchsvollen Zielstellungen hinsichtlich des kapazitiven Ausbaus des Hochschulsystems haben die ostdeutschen Länder nicht vollständig realisiert, gleichwohl ist ein deutlicher Ausbau des Hochschulsystems seit 1989 unverkennbar. Aufgrund der zu erwartenden demografischen Entwicklung erfolgten aber weitere Kapazitätsentwicklungen sehr zurückhaltend.*

#### **2.1. Institutionen**

Der Wissenschaftsrat hatte Anfang der 90er Jahre empfohlen, im universitären Bereich der östlichen Bundesländern zehn Hochschulen zu unterhalten (Wissenschaftsrat 1992a). Die ostdeutschen Länder entschlossen sich, insgesamt 15 universitäre Standorte zu etablieren. Dabei erfolgten an den Standorten Frankfurt/O. und Erfurt – unter Bezugnahme auf historische Vorgängerinnen – universitäre Neugründungen, an den fünf Hochschulstandorten in Potsdam, Cottbus, Ilmenau und Weimar Statusänderungen vorhandener Institutionen. Die technisch ausgerichteten Universitäten in Magdeburg und Dresden wurden zu Volluniversitäten ausgebaut.



Übersicht 2-1: Ostdeutsche Hochschullandschaft 1996



Der Empfehlung des Wissenschaftsrates, 19 Fachhochschulen in Ostdeutschland zu gründen, folgten die Länder fast vollständig: Über die empfohlenen 19 Fachhochschulen hinaus wurden zwei weitere FHs gegründet. Unberücksichtigt blieb die Wissenschaftsratsempfehlung, keine verwaltungsinternen Fachhochschulen zu gründen und stattdessen die konzipierten allgemeinen Fachhochschulen für Verwaltungsstudiengänge zu öffnen (Wissenschaftsrat 1992b). Im Ergebnis entstanden zusätzlich zu den allgemeinen FHs acht Verwaltungsfachhochschulen in den ostdeutschen Ländern.

Die institutionelle Entwicklung des Hochschulsystems in den Ländern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen in der Zeitspanne der zurückliegenden zehn Jahre verdeutlichen die Übersichten 2-1 und 2-2 sowie 2-3.<sup>1</sup>

*Übersicht 2-3: Die ostdeutsche Hochschullandschaft 1996 und 2007 im Vergleich*

Hochschulen 1996	Hochschulen 2007	Typ	Trägerschaft	Anm.
<b>Brandenburg</b>				
BTU Cottbus	BTU Cottbus	Uni	staatlich	
Europa-Universität Frankfurt (Oder)	Europa-Universität Frankfurt (Oder)	Uni	staatlich	
U Potsdam	U Potsdam	Uni	staatlich	
H für Film u. Fernsehen Potsdam-Babelsberg	H für Film u. Fernsehen Potsdam-Babelsberg	KH	staatlich	
FH Potsdam	FH Potsdam	FH	staatlich	
	University of Management and Communication Potsdam	FH	privat	
Evangelische Ausbildungsstätten Potsdam			kirchlich	Integration (→ Berlin)
FH Brandenburg	FH Brandenburg	FH	staatlich	
FH Eberswalde	FH Eberswalde	FH	staatlich	
FH Lausitz	FH Lausitz	FH	staatlich	
Technische FH Wildau	Technische FH Wildau	FH	staatlich	
FH für öffentliche Verwaltung Bernau			staatlich	Auflösung + Teilintegrationen in FH d. Polizei Basdorf u. TFH Wildau
	FH der Polizei Basdorf	FH	staatlich	

<sup>1</sup> Zu Berlin vgl. Kapitel 11. Der Sonderfall Berlin. Hochschule und Forschung in der Bundeshauptstadt.

Hochschulen 1996	Hochschulen 2007	Typ	Trägerschaft	Anm.
FH für Finanzen Königs-Wusterhausen	FH für Finanzen Königs-Wusterhausen	FH	staatlich	
	Theologisches Seminar Elstal	FH	kirchlich	
	Hochschule f. digitale Medienprodukt. Elstal	KH	Privat	
<b>Mecklenburg-Vorpommern</b>				
U Greifswald	U Greifswald	Uni	staatlich	
U Rostock	U Rostock	Uni	staatlich	
H für Musik und Theater Rostock	H für Musik und Theater Rostock	KH	staatlich	
	Hanseuniversität Rostock	Uni	Privat	
FH Neubrandenburg	H Neubrandenburg	FH	staatlich	
FH Stralsund	FH Stralsund	FH	staatlich	
FH Wismar	H Wismar	FH	staatlich	
FH für öffentliche Verwaltung Güstrow	FH f. öff. Verwaltung, Polizei u. Rechtspflege Güstrow	FH	staatlich	
	FH des Bundes f. öff. Verwaltung FB Arbeitsverwaltung Schwerin	FH	staatlich	Nebenstandort
	Baltic College Güstrow, Schwerin, Rostock	FH	Privat	
<b>Sachsen</b>				
TU Chemnitz-Zwickau	TU Chemnitz	Uni	staatlich	
	Priv. FernFachHochschule Sachsen Chemnitz	FH	Privat	
U Leipzig	U Leipzig	Uni	staatlich	
H für Grafik und Buchkunst Leipzig	H für Grafik und Buchkunst Leipzig	KH	staatlich	
H für Musik und Theater Leipzig	H für Musik und Theater Leipzig	KH	staatlich	
H für Technik, Wirtschaft u. Kultur Leipzig	H für Technik, Wirtschaft u. Kultur Leipzig	FH	staatlich	
Handelshochschule Leipzig	Handelshochschule Leipzig	Uni	Privat	
FH der Deutschen Telekom AG Leipzig	FH der Deutschen Telekom AG Leipzig	FH	Privat	
Ostdeutsche HS für Berufstätige Leipzig	AKAD Fachhochschule Leipzig	FH	Privat	Integration
TU Bergakademie Freiberg	TU Bergakademie Freiberg	Uni	staatlich	
TU Dresden	TU Dresden	Uni	staatlich	
H für Bildende Künste Dresden	H für Bildende Künste Dresden	KH	staatlich	
H für Musik Dresden	H für Musik Dresden	KH	staatlich	

Hochschulen 1996	Hochschulen 2007	Typ	Trägerschaft	Anm.
H für Technik und Wirtschaft Dresden	H für Technik und Wirtschaft Dresden	FH	staatlich	
Evang. FH für Sozialarbeit Dresden	Evangelische FH für Sozialarbeit Dresden	FH	kirchlich	
H für Kirchenmusik Dresden	H für Kirchenmusik Dresden	KH	kirchlich	
	Palucca Schule Dresden, H für Tanz	KH	staatlich	Statusänderung
H für Technik und Wirtschaft Mittweida	H Mittweida	FH	staatlich	
H f. Techn., Wirtsch. u. Sozialw. Zittau/Görlitz	H Zittau/Görlitz	FH	staatlich	
Internationales Hochschulinstitut Zittau	Internationales Hochschulinstitut Zittau	Uni	staatlich	
H für Technik und Wirtschaft Zwickau	Westfälische H Zwickau	FH	staatlich	
FH der Sächsischen Verwaltung Meißen	FH der Sächsischen Verwaltung Meißen	FH	staatlich	
FH f. Polizei Rothenburg	FH f. Polizei Rothenburg	FH	staatlich	
FH für Religionspädagogik und Gemeindediakonie Moritzburg	FH für Religionspädagogik und Gemeindediakonie Moritzburg	FH	kirchlich	
	Hochschule für Kirchenmusik Görlitz	KH	kirchlich	Statusänderung
<b>Sachsen-Anhalt</b>				
U Halle-Wittenberg	U Halle-Wittenberg	Uni	staatlich	
Burg Giebichenstein H f. Kunst u. Design Halle	Burg Giebichenstein H f. Kunst u. Design Halle	KH	staatlich	
Evangelische H für Kirchenmusik Halle	Evangelische H für Kirchenmusik Halle	KH	kirchlich	
U Magdeburg	U Magdeburg	Uni	staatlich	
FH Magdeburg	H Magdeburg-Stendal	FH	staatlich	
FH Altmark				Integration in H Magdeburg
FH Anhalt	H Anhalt	FH	staatlich	
FH Harz	H Harz	FH	staatlich	
FH Merseburg	H Merseburg	FH	staatlich	
FH f. Öff. Verwaltg. u. Rechtspf. Halberstadt				Integration in H Harz
	FH der Polizei Aschersleben	FH	staatlich	
Theologische H Friedensau	Theologische H Friedensau	Uni	kirchlich	
<b>Thüringen</b>				
U Jena	U Jena	Uni	staatlich	
FH Jena	FH Jena	FH	staatlich	
TU Ilmenau	TU Ilmenau	Uni	staatlich	
Bauhaus-Universität Weimar	Bauhaus-Universität Weimar	Uni	staatlich	

Hochschulen 1996	Hochschulen 2007	Typ	Trägerschaft	Anm.
H für Musik Weimar	H für Musik Weimar	KH	staatlich	
U Erfurt	U Erfurt	Uni	staatlich	
FH Erfurt	FH Erfurt	FH	staatlich	
Philosophisch-Theologisches Studium Erfurt				Integration in U Erfurt
FH Schmalkalden	FH Schmalkalden	FH	staatlich	
	FH Nordhausen	FH	staatlich	
PH Erfurt/Mühlhausen				Integration in U Erfurt
Thüringer FH für öffentliche Verwaltung Weimar	Thüringer FH für öffentliche Verwaltung Gotha	FH	staatlich	örtliche Verlagerung
FH für Forstwirtschaft Schwarzburg	FH für Forstwirtschaft Schwarzburg	FH	staatlich	

Nach Hochschultypen und -arten gegliedert ergibt sich für den Zeitraum von 1996 bis 2007 das Bild der institutionellen Entwicklung, das Übersicht 2-4 liefert. Auf den ersten Blick zeigt die Zusammenstellung im universitären Bereich fast keine Veränderung. Für den Bereich der Fachhochschulen ist im gleichen Zeitraum – bei Einbeziehung der nichtstaatlichen Hochschulen – ein Aufwuchs von 33 auf nunmehr 38 Institutionen zu konstatieren.

Hinter der geringfügigen Erhöhung der Anzahl universitärer Institutionen in den ostdeutschen Ländern in den letzten zehn Jahren (+2) verbergen sich jedoch einige strukturelle Veränderungen. Die Hochschulart Pädagogische Hochschule gibt es mit der Aufhebung der Pädagogischen Hochschule Erfurt in Ostdeutschland nicht mehr (Gesetz über die Aufhebung 2000). Die Aufgaben der PH Erfurt sind auf die Universität Erfurt übergegangen. An den Ausbau der Universität Erfurt wurde ein weiterer Synergieeffekt gekoppelt: Seit 2003 ist die Theologische Fakultät Erfurt (vormals Philosophisch-Theologisches Studium Erfurt) als Katholisch-theologische Fakultät in die Erfurter Universität integriert.

Die quantitative Reduktion von zwei universitären Institutionen wird in der Gesamtbilanz dadurch überkompensiert, dass zum einen mit der Novellierung des sächsischen Hochschulgesetz die Palucca Schule Dresden<sup>2</sup> den Status einer staatlich anerkannten Kunsthochschule erhielt

---

<sup>2</sup> Die Palucca Schule wurde 1925 als Privatschule in Dresden gegründet. Nach einer wechselvollen Geschichte fand die Institution im Jahr 1993 Aufnahme in den Geltungsbereich des Sächsischen Hochschulgesetzes. Mit der Neufassung des Sächsischen Hochschulgesetzes im Jahr 1999 wurde die Institution als Palucca Schule Dresden, Hochschule für Tanz staatlich anerkannt.

(Sächsisches Hochschulgesetz 1999: 1486) und zum anderen die Hochschule für digitale Medien<sup>3</sup> im Jahr 2003 den Status einer staatlich anerkannten Kunsthochschule in privater Trägerschaft erlangte. Die jüngste Neugründung ist die der Privaten Hanseuniversität Rostock.

*Übersicht 2-4: Hochschultypen und -arten in den ostdeutschen Ländern 1996 und 2007*

Hochschultyp	Hochschulart	Trägerschaft	1996	2007
<b>Universität und gleichgestellte Hochschulen</b>	Universität	staatlich	16	16
	Universität	privat	1	2
	Pädagogische Hochschule	staatlich	1	0
	Künstlerische Hochschule	staatlich	8	9
	Künstlerische Hochschule	privat	0	1
	Theologische bzw. kirchenmusikalische Hochschule	kirchlich	5	4
	<b>Summe</b>			<b>31</b>
<b>Fachhochschule</b>	Fachhochschule	staatlich	21	22
	Fachhochschule	kirchlich	2	3
	Fachhochschule	privat	2	5
	Verwaltungs-FH	staatlich	8	8
	<b>Summe</b>			<b>33</b>
<b>Hochschulen insgesamt</b>			<b>64</b>	<b>70</b>

Der quantitative Anstieg um fünf Institutionen in der Gesamtbilanz des FH-Bereichs wurde durch die Neugründung von vier Fachhochschulen in privater und einer FH in kirchlicher Trägerschaft verursacht. Die institutionelle Entwicklung der Fachhochschulen in privater Trägerschaft war in den letzten zehn Jahren dynamisch. Die Ostdeutsche Hochschule für Berufstätige wurde in die AKAD Fachhochschule Leipzig integriert, und an den Standorten Chemnitz, Güstrow, Schwerin, Rostock, Potsdam, Gera und Elstal entstanden fünf neue Institutionen.

Die Anzahl der staatlichen Fachhochschulen hat sich in den letzten zehn Jahren nicht geändert. Jedoch verbergen sich hinter dieser vermeint-

<sup>3</sup> Die Hochschule für digitale Medien-Elstal wurde bereits 1998 im brandenburgischen Ort Elstal gegründet.

lichen Beständigkeit gleichfalls institutionelle Entwicklungen. So folgte die Landesregierung Sachsen-Anhalt einer Empfehlung des Wissenschaftsrates, die im Aufbau befindlich gewesene Fachhochschule in Stendal nicht als eigenständigen Standort zu führen, sondern in die bereits bestehende FH Magdeburg zu integrieren. 1997 erfolgte die Neugründung einer Fachhochschule am Standort Nordhausen (TKM 2001: 12). Aus strukturpolitischen Überlegungen verfolgte die Thüringer Landesregierung die Absicht, in Ostthüringen eine weitere Fachhochschule zu gründen. Der Wissenschaftsrat empfiehlt jedoch, die Studienplätze der geplanten FH Ostthüringen der Fachhochschule Nordhausen zuzuordnen (TKM 2001: 12). Die aktuellen Hochschulstrukturplanungen in Thüringen sehen vor, der Empfehlung des Wissenschaftsrates zu folgen.

Insgesamt kann konstatiert werden, dass die Anzahl der Hochschulen in Ostdeutschland von 64 im Jahr 1996 auf 70 im Jahr 2007 gestiegen ist. Im Bereich der staatlichen Hochschulen sind institutionelle Profilierungen erkennbar, die durch die Zusammenlegung von einzelnen Institutionen entstanden sind. Eine staatliche Fachhochschule wurde neu gegründet. Der quantitative Anstieg der Anzahl der Hochschulen geht also weit überwiegend auf die Gründung von Hochschulen in privater Trägerschaft zurück. Gab es im Jahr 1996 in Ostdeutschland drei Hochschulen in privater Trägerschaft, so hat sich ihre Anzahl bis 2007 auf acht erhöht. An der geringen quantitativen Bedeutung der von privaten Hochschulen angebotenen Studienplätzen hat das bislang nichts geändert.

In einer länderspezifischen Betrachtung lässt sich zusammenfassen, dass die ostdeutsche Hochschullandschaft, soweit öffentlich unterhalten, folgendermaßen zusammengesetzt ist:

- *Mecklenburg-Vorpommern* verfügt über zwei Universitäten, eine künstlerische Hochschule, drei Fachhochschulen, eine Verwaltungs-FH sowie eine Außenstelle der FH für Öffentliche Verwaltung des Bundes in Schwerin.
- *Brandenburg* unterhält drei Universitäten, eine künstlerische Hochschule, fünf Fachhochschulen und zwei Verwaltungs-FHs.
- *Sachsen-Anhalt* hat zwei Universitäten, eine Kunsthochschule, vier Fachhochschulen und eine Verwaltungs-FH.
- *Sachsen* ist mit vier Universitäten ausgestattet, unterhält daneben das Internationale Hochschulinstitut in Zittau als kleinste universitäre Einrichtung, fünf Kunsthochschulen, fünf Fachhochschulen sowie zwei Verwaltungs-FHs; hinzu treten hier im tertiären Bereich sieben

regionale verteilte Einrichtungen der Staatlichen Berufsakademie Sachsen.

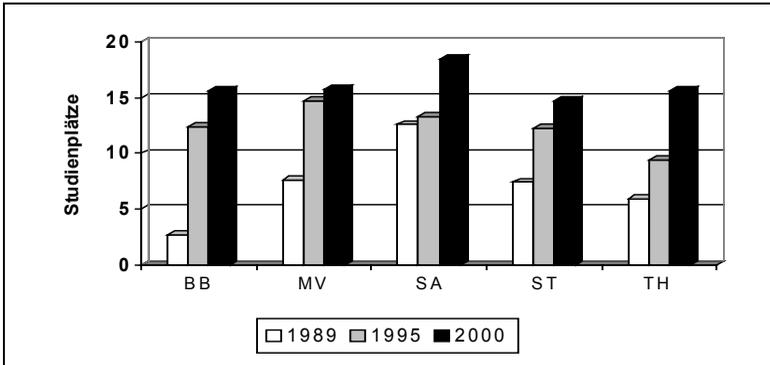
- *Thüringen* verfügt über vier Universitäten, davon eine Technische und zwei weitere mit stark eingeschränktem Fächerspektrum, eine künstlerische Hochschule, vier Fachhochschulen und zwei Verwaltungs-FHs; daneben hat Thüringen auch eine Berufsakademie mit zwei Standorten.
- *Hochschulmedizin* unterhalten alle Länder außer Brandenburg; dabei verfügen Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Sachsen über jeweils zwei hochschulmedizinische Standorte und Thüringen einen.

## **2.2. Studienkapazitäten**

Für den quantitativen Ausbau ihrer Hochschulen hatten sich die östlichen Bundesländer zu Beginn der 90er Jahre anspruchsvolle Ziele gesetzt. Allen studierwilligen Landeskindern sollte ein Studienangebot im eigenen Land eröffnet werden. Grundlage dieser Zieldefinition waren Studienanfängerprognosen, die von einer sehr hohen Bruttostudierquote und anhaltend hohen Studiennachfrage ausgingen (Adler/Lischka 1993; KMK 2001).

Die Studienplatzkapazitäten sollten mit der Bevölkerungszahl synchronisiert und strukturelle Disproportionen zwischen den Ländern abgebaut werden. Die Strukturplanungen der Hochschullandschaft basierten dabei auf einem Studienanfänger-Verhältnis zwischen Universitäten und Fachhochschulen von 60:40 bzw. 50:50. Diesen planerischen Ansatz realisierten in der ersten Ausbaustufe Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Lediglich Sachsen, von Beginn an mit einer starken universitären Infrastruktur ausgestattet, beabsichtigte, ein Verhältnis zwischen Universitäten und Fachhochschulen von 80:20 zu realisieren (Buck-Bechler/Jahn/Lewin 1997: 105).

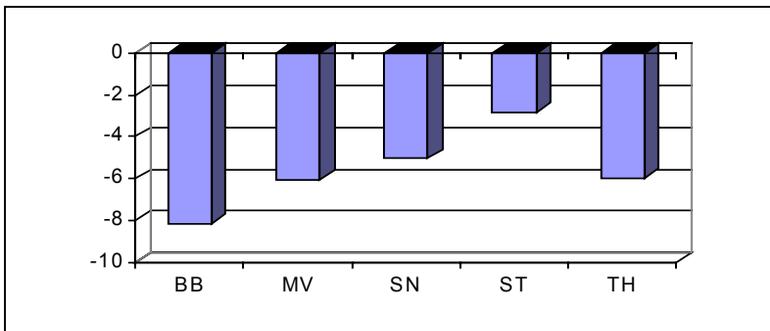
Die Realisierung der geplanten Ausbauziele wurde von den Landesregierungen in den letzten zehn Jahren korrigiert (Übersichten 2-5, 2-6). Die wesentlichsten Gründe lagen einerseits im starken Rückgang der Studierwilligkeit von 74% im Jahr 1991 auf 64% im Jahr 1995 (Lischka 2003: 60). Eine Folge dieser Entwicklung war, dass die Studiennachfrage in einzelnen Studiengängen (z.B. Ingenieurwissenschaften) dramatisch absank, was Unterauslastungen zur Folge hatte. Mit einem gegenteiligen



*Übersicht 2-5: Geplante Entwicklung der flächenbezogenen Studienplätze je 1.000 Einwohner in den ostdeutschen Ländern*

Quelle: berechnet nach Projektgruppe Hochschulforschung, Buck-Bechler/Jahn/Lewin (1997: 106)

Nachfrageverhalten waren Studiengänge konfrontiert, die nach Meinung der Studieninteressierten gute berufliche Chancen auf dem Arbeitsmarkt bieten. Die Folge war, dass trotz ehrgeiziger Ausbauziele in einigen Fächern auch an ostdeutschen Hochschulen örtliche Zulassungsbeschränkungen eingeführt wurden.



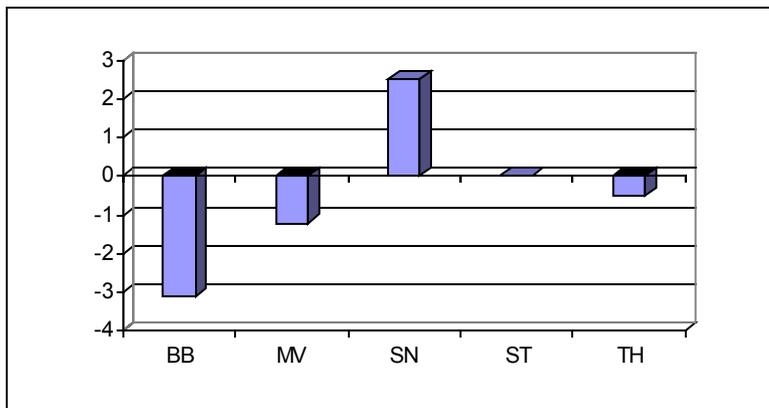
*Übersicht 2-6: Soll-Ist-Vergleich der Realisierung konzipierter flächenbezogener Studienplätze (je 1.000 Einwohner) in den ostdeutschen Ländern (2000)*

Quelle: Eigene Berechnungen nach BMBF (2001: 19)

Andererseits veranlasste vor allem die sich zum Ende der 1990er Jahre abzeichnende demografische Entwicklung in den ostdeutschen Ländern

die Landesregierungen, geplante kapazitive Ausbauziele zu überprüfen und an die zu erwartende Studiennachfrage anzupassen (KMK 2001). Übersicht 2-6 verdeutlicht, in welchem Umfang die einzelnen ostdeutschen Länder ihre ursprünglich zu Beginn der 1990er Jahre für das Jahr 2000 konzipierten kapazitiven Ausbauziele (nicht) umgesetzt haben.

Gemessen an den zu Beginn der 1990er Jahre konzipierten Ausbauzielen für die ostdeutschen Hochschulen im Jahr 2000 fällt die tatsächliche Ausstattung mit Studienplätzen für das Berichtsjahr 2000 deutlich niedriger aus. Alle ostdeutschen Länder haben den geplanten Ausbau der Hochschulkapazitäten nicht realisiert und statt dessen an die zwischenzeitlich prognostizierten demografischen Entwicklungen angepasst (KMK 2001). Um diesen Trend des kapazitiven Rückbaus in Ostdeutschland zu stoppen, wurde im Hochschulpakt 2020 den ostdeutschen Ländern für die Jahre 2007 bis 2010 eine Pauschale von insgesamt 15% der Programm-Mittel zugesagt, die vom Bund jährlich zur Verfügung gestellt werden, und im Gegenzug verpflichteten sich die ostdeutschen Länder, die Studienanfängerplätze auf der Basis des Jahres 2005 auch in den Folgejahren vorzuhalten (BMBF 2007). Für den aktuellen kapazitiven Ausbau der Hochschulstruktur in Ostdeutschland ist die Momentaufnahme zu konstatieren, wie sie Übersicht 2-7 enthält.



Übersicht 2-7: Ausbau der flächenbezogenen Studienplätze (je 1.000 Einwohner) in den ostdeutschen Ländern (WS 2004/05) im Vergleich zum ostdeutschen Durchschnitt

Quelle: Eigene Berechnungen nach Wissenschaftsrat (2005a, 2005b, 2005c, 2005d, 2005e; 2005f)

Die ostdeutschen Länder verfügen im Wintersemester 2004/05 über rund 155.400 flächenbezogene Studienplätze. Im Mittel unterhalten sie rund 11,6 Studienplätze je 1.000 Einwohner. Sachsen liegt mit 14,1 Studienplätzen je 1.000 Einwohner deutlich über dem Durchschnitt, Sachsen-Anhalt mit 11,6 Studienplätzen je 1.000 Einwohner genau im Durchschnitt der ostdeutschen Länder. Brandenburg (8,5), Mecklenburg-Vorpommern (10,4) und Thüringen (11,1) liegen unter dem Durchschnitt.

Zum Vergleich: Bundesweit verfügten die Hochschulen insgesamt über 1.069.600 flächenbezogene Studienplätze. Rund 25% dieser Studienplätze werden an Fachhochschulen vorgehalten. Im Durchschnitt kommen rund 13 Studienplätze auf 1.000 Einwohner in Deutschland und etwa 14 Studienplätze auf 1.000 Einwohner in den westdeutschen Ländern. In den östlichen Bundesländern wird dieser Wert nicht ganz erreicht: Die Anzahl der flächenbezogenen Studienplätze zwischen den ost- und westdeutschen Ländern differiert um zwei Studienplätze je 1.000 Einwohner. Von den ostdeutschen Ländern liegt lediglich Sachsen mit rund 14 Studienplätzen je 1.000 Einwohner über dem Bundesdurchschnitt (13), und die Verteilung der flächenbezogenen Studienplätze auf die sächsischen Universitäten und Fachhochschulen entspricht mit 75:25 (Wintersemester 2004/2005) dem Bundesdurchschnitt (Wintersemester 2004/2005: 11).

Ein Vergleich der derzeitigen Studienkapazitäten (WS 2004/05) in Ostdeutschland mit den ursprünglich konzipierten Ausbauzielen zu Beginn der 1990er Jahre liefert folgende Befunde:

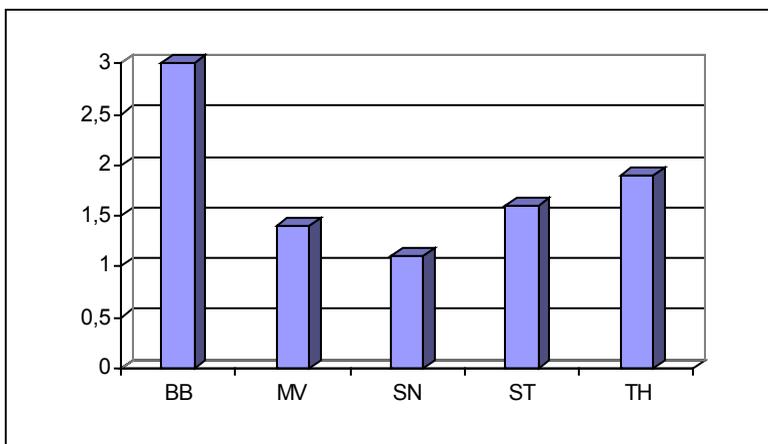
- Den ursprünglich für das Jahr 1995 geplanten kapazitativen Ausbau ihrer Hochschulstruktur realisierten die ostdeutschen Länder bis zum Wintersemester 2004/05 nur zum Teil. Thüringen und Sachsen liegen über den für das Jahr 1995 konzipierten Ausbauzielen.
- Sachsen-Anhalt unterschreitet leicht die für 1995 konzipierte Zielstellung.
- Deutlich hinter ihren ursprünglichen Zielvorstellungen bleiben die Länder Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern zurück.

Dennoch muss konstatiert werden, dass alle ostdeutschen Länder die absolute und relative Anzahl ihrer flächenbezogenen Studienplätze seit 1989 bis zum Wintersemester 2004/05 massiv erhöht haben. In Brandenburg fiel der Zuwachs an flächenbezogenen Studienplätzen je 1.000 Einwohner am höchsten aus; deren Zahl hat sich dort seit 1989 etwa verdreifacht. Auf eine Verdopplung der Studienplätze kann Thüringen verweisen. Die

Zuwachsraten in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Sachsen lagen bei etwa dem 1,5-fachen gegenüber dem Jahr 1989. (Übersicht 2-8)

Bezüglich der Verteilung der Studienplätze zwischen Universitäten und Fachhochschulen zeigen sich gleichfalls Abweichungen von den zu Beginn der 1990er Jahre konzipierten Hochschulstrukturen:

- In den Ländern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt ist derzeit ein Verhältnis zwischen Universitäten und Fachhochschulen von etwa 60:40 zu konstatieren. Dieses Verhältnis zwischen Universitäten und Fachhochschulen kommt den konzipierten Ausbauzielen recht nahe.
- In Sachsen wurde das ursprünglich konzipierte Ausbauziel des Verhältnisses zwischen Universitäts- und Fachhochschulstudienplätzen von 80:20 auf 75:25 zugunsten der Fachhochschulen korrigiert.
- Entgegengesetzt verlief die Entwicklung in Thüringen. Durch den kapazitiven Ausbau der Universität Erfurt verschob sich das Verhältnis zwischen Universitäten und Fachhochschulen auf 70:30. Die Integration der rund 560 Studienplätze der ursprünglich geplanten Fachhochschule Ostthüringen in die FH Nordhausen könnte dazu beitragen, das Verhältnis zwischen Universitäten und Fachhochschulen stärker an das anfangs konzipierte Verhältnis von 60:40 anzunähern.

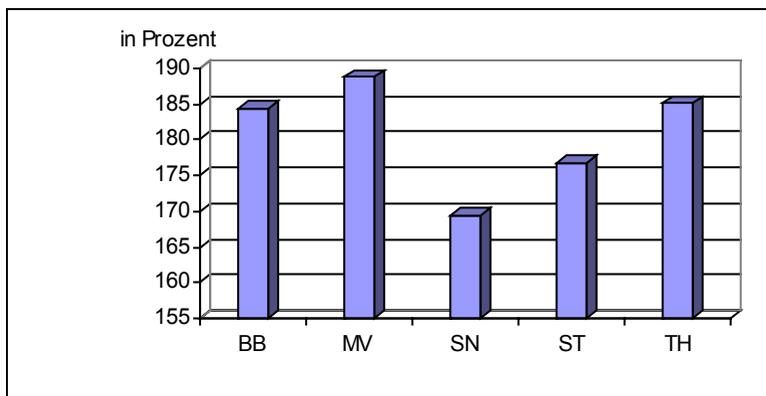


*Übersicht 2-8: Ausbau der flächenbezogenen Studienplätze (je 1.000 Einwohner) in den ostdeutschen Ländern (WS 2004/05) im Vergleich zu 1989*

Quelle: Eigene Berechnungen nach Wissenschaftsrat (2005a, 2005b, 2005c, 2005d, 2005e; 2005f)

Das Verhältnis der flächenbezogenen Studienplätze an den Universitäten und Fachhochschulen in Ostdeutschland entspricht im Wintersemester 2004/2005 nur bedingt der tatsächlichen Verteilung der Studierenden auf die beiden Hochschultypen. In Mecklenburg-Vorpommern sind 27% der Studierenden an Fachhochschulen immatrikuliert und in Brandenburg 30%. In beiden Ländern liegt der Anteil der Fachhochschulstudenten deutlich unter der kapazitiven Vorgabe von 40%. In Sachsen-Anhalt (62:38) und in Thüringen (73:27) dagegen entspricht die Verteilung der Studierenden im Wintersemester 2004/2005 nahezu der konzipierten Verteilung der flächenbezogenen Studienplätze. In Sachsen ist das Verhältnis zwischen flächenbezogenen Studienplätzen und immatrikulierten Studierenden deckungsgleich.<sup>4</sup>

Die flächenbezogene Auslastung der Studienplätze liegt in den ostdeutschen Ländern im Mittel bei 177%. Dabei bewegen sich die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen bei der flächenbezogenen Auslastung deutlich über dem Durchschnitt aller ostdeutschen Länder. (Übersicht 2-9)

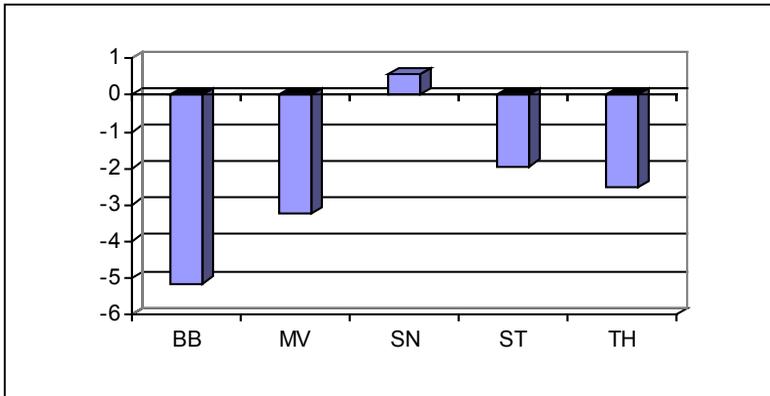


*Übersicht 2-9: Auslastung der flächenbezogenen Studienplätze in den ostdeutschen Ländern (WS 2004/05)*

Quelle: Eigene Berechnungen nach Wissenschaftsrat (2005a, 2005b, 2005c, 2005d, 2005e; 2005f)

<sup>4</sup> Berechnet nach Angaben des Vorberichts zu den Studierenden an den Hochschulen Wintersemester 2006/2007 (Destatis 2007: 9f.).

Eine wesentliche Begründung für den zurückhaltenden Ausbau der Studienkapazitäten in Ostdeutschland liefern die Studienanfängerprognosen der Kultusministerkonferenz (KMK 2003; KMK 2005). Die Zahl der Studienanfänger/innen wird in den kommenden Jahren in Deutschland insgesamt zwar erheblich ansteigen. Zugleich werden aber zwischen den einzelnen Bundesländern sowie vor allem zwischen Ost- und Westdeutschland erhebliche Unterschiede in der Nachfrage nach akademischer Bildung prognostiziert. Die Zahl der Studienanfänger in den westlichen Bundesländern wird zwischen den Jahren 2006 und 2018 zunächst erheb-



*Übersicht 2-10: Ausbau der flächenbezogenen Studienplätze je 1.000 Einwohner in den ostdeutschen Ländern verglichen mit dem Mittel der westlichen Bundesländer (WS 2004/05)*

Quelle: Eigene Berechnungen nach Wissenschaftsrat (2005a, 2005b, 2005c, 2005d, 2005e; 2005f)

lich ansteigen, um dann wieder abzufallen. In den ostdeutschen Ländern wird, nach einem kurzfristigen Anstieg, die Nachfrage ab 2010 deutlich unter das Niveau der letzten Jahre sinken. Damit ist in den nächsten Jahren in den westdeutschen Ländern mit einer steigenden Nachfrage nach tertiärer Bildung zu rechnen, die eine Verschärfung des dort ohnehin bestehenden Studienkapazitätsdefizits zur Folge hat. In Ostdeutschland dagegen ist ein Studienkapazitätsüberschuss zu erwarten (Buch/He-ner/Stuckrad 2006: 6f.).<sup>5</sup>

<sup>5</sup> Zu Details vgl. unten Kapitel 8. Studium und Studierende: Analyse und Prognose

### 2.3. Fazit

Der Wissenschaftsrat hatte den östlichen Bundesländern den Ausbau von zehn Universitäten und 19 Fachhochschulen empfohlen. Die Länder entschlossen sich, insgesamt 15 universitäre und 21 fachhochschulische Standorte in den ostdeutschen Ländern zu etablieren. Unberücksichtigt blieb die Empfehlung des Wissenschaftsrats, keine verwaltungsinternen Fachhochschulen zu gründen und stattdessen die konzipierten allgemeinen Fachhochschulen für Verwaltungsstudiengänge zu öffnen. Im Ergebnis entstanden zusätzlich zu den allgemeinen FHs acht Verwaltungsfachhochschulen in den ostdeutschen Ländern.

So setzt sich der öffentlich finanzierte Hochschulsektor in Ostdeutschland heute zusammen aus

- 15 Universitäten und dem universitären Internationalen Hochschulinstitut in Zittau,
- sieben Medizinischen Fakultäten,
- neun künstlerischen Hochschulen,
- 21 Fachhochschulen,
- acht Verwaltungsfachhochschulen sowie
- als Sonderfall (da keine Hochschulen, aber dem tertiären Sektor zugehörig) zwei Berufsakademien.

Die Realisierung der ursprünglichen ehrgeizigen Ausbauziele war von den Landesregierungen in den letzten zehn Jahren vor allem aufgrund der sich zum Ende der 1990er Jahre abzeichnenden demografischen Entwicklung überprüft und an die zu erwartende regionale Studiennachfrage angepasst worden. Dieser Trend soll nun mithilfe des Hochschulpakts 2020 gestoppt werden.

Die ostdeutschen Länder verfügen im Wintersemester 2004/05 über rund 155.400 flächenbezogene Studienplätze. Im Mittel unterhalten die ostdeutschen Länder rund 11,6 Studienplätze je 1.000 Einwohner. Im gesamtdeutschen Durchschnitt kommen rund 13 Studienplätze auf 1.000 Einwohner und etwa 14 Studienplätze auf 1.000 Einwohner in den westdeutschen Ländern. Von den ostdeutschen Ländern liegt lediglich Sachsen mit rund 14 Studienplätzen je 1.000 Einwohner über dem Bundesdurchschnitt. Gleichwohl liegen die Studienkapazitäten in Ostdeutschland im Wintersemester 2004/2005 deutlich über der Anzahl der flächenbezogenen Studienplätze im Jahre 1989.